

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau behördlicherseits bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau, Tauscha und noch verschiedener Landgemeinden

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 1,80, für Selbstabholer 1,70 M. — Durch die Post bezogen 1,80 M., ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206.
Volkskonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon: 72206. — **Verlag in Leipzig:** Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., Familiennachrichten von Privat mit 50% Nachl. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pfg., Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 20 Pfg., Textwort 10 Pfg., Reklamezeile 2 M., Inserate v. auswärts: die 10gep. Kolonelle 40 Pfg., Reklamezeile 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

Entlastung der Gemeinden?

Abbau der Verpflichtungen durch die Krisenfürsorge — Kürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung — Die Erhebungszeit für die Bürgersteuer soll verlängert werden — Ausdehnung der Krisensteuer auf die Beamten — Entscheidung des Völkerbundes im Wirtschaftskampf zwischen Danzig und Polen

Vor der neuen Notverordnung

Mitte nächster Woche

SPD Berlin, 20. Mai.

Das Reichskabinett hat am Donnerstag seine Arbeiten über den Finanzplan für das laufende Jahr und über die Neugestaltung der Arbeitslosenfürsorge, der Gemeindefinanzen und der Steuerquellen im wesentlichen abgeschlossen. Die Ressorts werden die Beschlüsse des Kabinetts nacheinander in Einzelvorlagen umarbeiten, mit denen sich das Kabinett bereits heute um 21 Uhr beschäftigen will. Nach Abschluß dieser Arbeiten wird dem Reichspräsidenten in Runder Bericht erstattet werden. Man nimmt an, daß die betreffenden Maßnahmen bereits Mitte nächster Woche als Notverordnung bekanntgegeben werden können.

Die Absicht des Kabinetts geht zunächst dahin, für die Arbeitslosenversicherung eine Entlastung dadurch einzutreten zu lassen, daß man die Unterstützungsdauer von 20 auf 13 Wochen kürzt. Der erforderliche Ausgleich soll durch die Krisenfürsorge erzielt werden, zu der das Reich bisher vier Fünftel und die Gemeinden ein Fünftel beitragen.

Es besteht die Absicht, die Gemeinden von ihren bisherigen Verpflichtungen zur Krisenfürsorge weiter zu entlasten. Dazu kommt in Betracht die Fortsetzung der Reichszuschüsse für besonders notleidende Gemeinden, für die im Vorjahre 230 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt wurden.

Feiner soll zu dem betreffenden Zweck die Bürgersteuer, deren Einziehung den Gemeinden bisher nur bis zum 1. Juli gestattet war, für den Rest des Haushaltsjahres verlängert werden. Die Pläne, den Grundbetrag der Bürgersteuer zu erhöhen, fallen aller Wahrscheinlichkeit nach jedoch fort.

Schließlich wird die Krisensteuer, die im Juni vorigen Jahres zunächst bis zum 31. Dezember 1932 als besondere Noisfeuer des Reiches eingeführt worden war, nicht nur verlängert, sondern wahrscheinlich auf alle Beschäftigten ausgedehnt werden. Die Beamten waren von der Krisensteuer bisher befreit.

Mit diesen Maßnahmen soll eine Anpassung der Unterstützungslage in den verschiedenen Kategorien der Erwerbslosenunterstützung verbunden sein. Man hofft, daß durch die Maßnahmen nicht nur der Haushaltsplan des Reiches ausbalanciert wird, sondern auch den Gemeinden und der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zufriedenstellend geholfen werden kann.

Was wird in Preußen?

Der Preussische Landtag wird nächsten Dienstag zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammentreten. Heute weiß noch niemand zu sagen, wie sich das Rätsel lösen wird, das die preussischen Wähler ihrem Parlament aufgegeben haben. Die Nationalsozialisten haben am Donnerstag unter dem Vorsitz Adolf Hitlers ihre erste Fraktionsitzung abgehalten. Im Anschluß daran haben die Nationalsozialisten eine Aktion im Plenum des Preußenparlaments unternommen. Der Stellvertreter Rube begab sich auf die Ministerbank und brachte dort auf Adolf Schildgruber aus Braunau ein dreifaches, von den neugewählten Abgeordneten freudig aufgenommenes Nazi-Heil aus. Das verkündet die Presse der preussischen Wähler, ansonsten wird über die politischen Ziele der Nationalsozialisten, die sie nächste Woche verfolgen wollen, nicht allzuviel bekannt.

Berhandlungen wurden bisher zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum nicht angebahnt. Der Fraktionsvorsitzende der Hakenkreuzler, Rube, verschickte im Nationalsozialistischen Preussischen Pressedienst einen Aufsatz, in dem er die Aufgaben des neuen Parlaments wie folgt umreißt:

Der neue Landtag hat außerordentlich bedeutsame Aufgaben zu lösen. Im Vordergrund steht nicht — wie man es von gewisser Seite wahrhaben will — die Regelung der preussischen Finanzen, sondern die Regelung des deutschen Rechts in Preußen und die Säuberung der Verwaltung und der Polizei sowie der Schule von ungeeigneten Elementen.

Wer auch die kommende Regierung in Preußen bilden möge und ganz gleich, ob der Ministerpräsident lediglich die Geschäfte führt, das Finanzproblem steht auch in Preußen beherrschend im Vordergrund. Eben deswegen ist bei den Nationalsozialisten nicht allzuviel Neigung vorhanden, aktiv in die Gestaltung der Dinge einzugreifen. Gregor Straßer behält recht, die „unpopulären Maßnahmen“, von denen er Anfang Dezember in einer Stuttgarter Versammlung sprach, müßten erstmalig nach der Nachtregierung in Preußen von den Nationalsozialisten ergriffen werden. Aus diesem Grunde hat man es gar nicht eilig, irgendwelche Verhandlungen mit dem Zentrum anzustreben. Im Gegenteil, Herr Rube beschäftigt sich in dem oben genannten Aufsatz noch im einzelnen mit der preussischen Justiz. Die Tel.-Union des Herrn Hugenberg berichtet darüber das Folgende:

„Rube betont dann weiter, daß sich seine Fraktion insbesondere einer Vereinigung der Rechtspflege widmen werde. Sie werde einen Untersuchungsanspruch einlegen, der sich auf Grund des von Gottfried Jarnow in den beiden Bänden der „Gesetzten Justiz“ gesammelten Materials gründlich mit den preussischen Justizmethoden auseinandersetzen werde. Nach scharfen Angriffen auf die Personalpolitik des preussischen Justizministeriums erklärte Rube, daß der Minister dankbar sein werde, wenn man in die Personalpolitik seines Ministeriums einmal gründlich hineinleuchte, zumal der Minister als alter Berufsrichter das laubere Rechtsempfinden habe, das den preussischen Richter von jeher auszeichne.“

Zunächst also wird die preussische Justiz das Objekt der nationalsozialistischen Angriffe sein. Der preussische Justizminister ist kein Nazigist. Es ist ein treuer biederer Zentrumsmann, der jetzt von dem Fraktionsführer der Nationalsozialisten als erster attackiert worden ist. Ob Herr Rube glaubt, die Verhandlungsbereitschaft des Zentrums zu erhöhen, ist recht zweifelhaft. Vielmehr ist anzunehmen, daß eben durch diese Angriffe die Verbindungen zum Zentrum von vornherein blockiert werden sollen. Demzufolge dürfte wenig Aussicht vorhanden sein, daß im Verlaufe der nächsten Woche irgend eine Verständigung über die entscheidenden Probleme in Preußen zustande kommt.

Drei Fragen müssen entschieden werden, das ist, wie schon früher in diesen Spalten dargestellt, die Wahl des Landtagspräsidenten, der bei dem staatsrechtlichen Aufbau der preussischen Verfassung eine besondere Rolle spielt, die Abänderung der Geschäftsordnung und die Neuwahl des Ministerpräsidenten. Daß das Zentrum ohne weiteres bereit sein wird, die Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidenten aktiv oder passiv zu ermöglichen, ist kaum anzunehmen. Mit aller Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß der Preussische

Völkerbundsrat gegen Polen

Handelsperre für unrechtmäßig erklärt

WTB Genf, 19. Mai.

Der Völkerbundsrat hat sich heute mit den zwischen Polen und Danzig schwebenden Streitfragen über den sogenannten Veredelungsverkehr, dem Lagerverkehr und dem Kontingentsverkehr beschäftigt. An den Verhandlungen nahmen der Präsident der Freien Stadt Dr. Flehm und der Völkerbunds-Kommissar von Danzig, Graf Gravinga, teil.

Der Berichterstatter, der englische Unterstaatssekretär Eden, teilte zu Beginn der Verhandlungen mit, daß die beiden Parteien in einem von ihm ausgearbeiteten Vorschlag zur Regelung der Streitfragen zu gestimmt hätten. In diesem Vorschlag, der in die Form einer Entschleunigung des Völkerbundsrat gestellt ist, wird betont, daß eine Entscheidung des organischen Völkerbundes über eine „direkte Handlung“ nach dem Wortlaut und dem Sinn unmittelbar ausgeführt werden muß. In dem Vorschlag wird weiter festgestellt, daß das polnische Finanzstrafgesetz vom 18. März 1932 nicht in einer Weise angewendet werden darf, die die Fragen des Veredelungsverkehrs und des Lagerverkehrs vor ihrer materiellen Erledigung präjudiziert. Polen hat sich bereit erklärt, seinen Einspruch gegen die Entscheidung des Völkerbunds-Kommissars, durch die festgestellt wurde, daß Polen eine unzulässige „direkte Handlung“ begangen habe, zurückzuziehen.

Der Vorschlag wurde vom Völkerbundsrat einstimmig angenommen.

In der Ansprache über den Bericht wies der Völkerbunds-Kommissar Graf Gravinga auf die ersten Folgen hin, die die Spannung zwischen Danzig und Polen auf das Wirtschaftsleben der Freien Stadt haben könnte. Es sei seine Aufgabe, für die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu sorgen. Diese Aufgabe sei nicht immer leicht.

Zum Schluß ergriff der Berichterstatter, Unterstaatssekretär Eden, das Wort zu einer Erklärung, die den Charakter einer Vertrauenskundgebung des Rates für Gravinga trug.

Die Warschauer Regierung hat durch zahlreiche Maßnahmen seit langer Zeit den freien Wirtschaftsverkehr Danzigs nach Polen durch einseitige Verordnungen gesperrt, und zwar insbesondere soweit es sich um den sogenannten Veredelungsverkehr, Lagerverkehr und Kontingentsverkehr handelt. Dies widerspricht der Fiktion zwischen Danzig und Polen. Danzig befreit Polen das Recht, gegen den Willen der Freien Stadt deren Wirtschaftsverkehr zu hemmen. Im März hatte Danzig eine Entscheidung des Völkerbunds-Kommissars erwirkt, in der festgestellt wird, daß Polen durch sein Verhalten den in den Verträgen vorgesehenen Entscheidungen der Völkerbundsinstanzen vorgegriffen habe. Polen hatte gegen diese Entscheidung Berufung beim Völkerbundsrat eingelegt.

Danzig beantragte nicht nur die Zurückweisung der Berufung Polens, sondern hatte eine weitere Entscheidung des Völkerbundsrates dahin erbeten, daß Polen nicht berechtigt sei, durch polnische innerstaatliche Strafgesetze, die inzwischen von Polen erlassen sind, den Wirtschaftsverkehr Danzigs, soweit er von Polen bemängelt wird, unter Strafe zu stellen.

In der Sitzung des Völkerbundsrates vom 10. Mai ist ein Vorschlag des Berichterstatters, die Angelegenheit auf Grund eines Ratsbeschlusses sofort durch ein Juristenkomitee klären zu lassen, infolge des Einspruchs der französischen und polnischen Regierung abgelehnt worden. Der Berichterstatter wurde beauftragt, nach Anhörung eines Komitees von Juristen einen Bericht über die Angelegenheit zu geben. Das Juristenkomitee hatte sein Gutachten erstattet, das die Entscheidung des Völkerbunds-Kommissars bestätigt.

Durch die Entscheidung des Völkerbundsrates ist die Sperre des Danziger Handels für den Veredelungs- und Lagerverkehr für unrechtmäßig erklärt worden. Die polnische Regierung hat sich verpflichtet, bis zu der noch zu fallenden endgültigen Entscheidung des Völkerbunds-Kommissars diesen Verkehr nicht mehr zu behindern.

Die Internationale tagt

SPD Zürich, 20. Mai.

In Zürich trat am Donnerstag die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale unter dem Vorsitz von Vandervebe, Brüssel, zusammen. Deutschland ist vertreten durch Weis, Crippien, Vogel, Hilferding und Stelling.

Zu den bisher beratenen politischen Hauptproblemen gehören die Donaufrage und die Lage im Fernen Osten. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Schwere Zusammenstöße in Hamburg

Hamburg, 20. Mai.

Gestern kurz vor 23 Uhr ereignete sich im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung in der Hamburger Innenstadt ein schwerer politischer Zusammenstoß. Dabei erlitten vier Nationalsozialisten Schußverletzungen, zwei angeblich schwerer, zwei leichter Natur. Alle Verletzten wurden dem Hasenkrankenhaus zugeführt. Eine größere Anzahl von Stürkungen konnte von der Polizei an Ort und Stelle vorgenommen werden.